



Niederschrift

**über die Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Gemeinde Ostseebad
Laboe (LABOE/FA/06/2012) vom 29.11.2012**

Anwesend:

Vorsitzender

Herr Walter Kreft

Mitglieder

Herr Hans-Hugo Arp (als Stellvertreter für Herrn Grütz)

Frau Silke Aulitzky

Herr Jörg Erdmann

Herr Hermann Fiege

Herr Michael Hansen (als Stellvertreter für Herrn Schröder)

Frau Ulrike Mordhorst

Herr Günter Petrowski

Herr Wolfgang Richter

Herr Klaus Schnoor

Herr Rudi Wimber

von der Verwaltung

Herr Sönke Körber

Gäste

Frau Karin Nickenig, Bürgermeisterin

Herr Horst Etmanski

Herr Ulrich Thon, Werkleiter

Herr Volker Arp (stellv. Wehrführer)

5 Bürger

Presse

Gabriele Butzke

Protokollführer

Herr Uwe Jürß

Beginn: 19:00 Uhr

Ende 20:43 Uhr

Ort, Raum: 24235 Ostseebad Laboe, Schulstraße 1, im Gebäude der Grundschule

Tagesordnung:

Vorlagennummer:

- öffentliche Sitzung -

1. Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden des FWA und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Niederschrift der Sitzung des FWA vom 01.11.2012
4. Genehmigung der Tagesordnung, evtl. Dringlichkeitsvorlagen und Anträge und Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandelnden Tagesordnungspunkte

- | | | |
|------|--|-------------------|
| 5. | Mitteilungen des Vorsitzenden | |
| 6. | Mitteilungen der Bürgermeisterin | |
| 7. | Breitbandversorgung | |
| 7.1. | Durchführung einer Studie zur Förderung der Breitbandversorgung für die Gemeinden des Amtes Probstei | LABOE/BV/631/2012 |
| 7.2. | Übertragungsbeschluss | LABOE/BV/632/2012 |
| 8. | Feststellung des Jahresabschlusses des Gemeindebetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe für das Wirtschaftsjahr 2011 und Behandlung des Jahresergebnisses - Beratung und Beschluss | LABOE/BV/612/2012 |
| 9. | I. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2012 Gemeindebetrieb - Beratung und Beschluss | LABOE/BV/627/2012 |
| 10. | Wirtschaftsplan Gemeindebetrieb für das Jahr 2013 - Beratung und Beschluss | LABOE/BV/623/2012 |
| 11. | Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013 der Gemeinde Ostseebad Laboe | LABOE/BV/630/2012 |
| 12. | Bekanntgaben und Anfragen | |

- öffentliche Sitzung -

TO-Punkt 1: Eröffnung der Sitzung durch den Vorsitzenden des FWA und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende, Herr Kreft, eröffnet die Sitzung um 19.00 Uhr und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht erfolgte und dass der Ausschuss bei 11 stimmberechtigten Mitgliedern beschlussfähig ist.

TO-Punkt 2: Einwohnerfragestunde

Herr Petersen bittet um Auskunft, ob Aufgaben vom Amt an die Gemeinde zurückgegeben werden, sobald Laboe wieder einen hauptamtlichen Bürgermeister erhält. Herr Kreft berichtet hierzu, dass es bei den derzeitigen Zuständigkeiten verbleibt. Eine Zusatzfrage von Herrn Petersen betrifft die Besoldung des hauptamtlichen Bürgermeisters. Herr Kreft führt hierzu aus, dass es so vorgesehen ist, dass der Bürgermeister dann nach BesGr. A 14 zu besolden sei. Der Amtsdirektor, Herr Körber, teilt ergänzend mit, dass bezüglich des hauptamtlichen Bürgermeisters eine Direktwahl erfolgen würde. Hinsichtlich der Kandidaten wären die Parteien bzw. die Wählergemeinschaft vorschlagsberechtigt. Zudem könnten sich Einzelbewerber bei Vorlage von mindestens 95 Unterstützungsunterschriften zur Wahl stellen.

TO-Punkt 3: Niederschrift der Sitzung des FWA vom 01.11.2012

Frau Nickenig weist darauf hin, dass es in der Niederschrift über die Sitzung des FWA vom 01.11.2012 auf Seite 6, 3. Zeile, „Mieter“ statt „Vermieter“ heißen müsse. Weitere Einwendungen gegen die Niederschrift werden nicht erhoben.

TO-Punkt 4: Genehmigung der Tagesordnung, evtl. Dringlichkeitsvorlagen und Anträge und Beschlussfassung über die unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu behandelnden Tagesordnungspunkte

Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden wird festgestellt, dass es zu den in nichtöffentlicher Sitzung vorgesehenen Tagesordnungspunkten 13 bis 15 keinen Beratungsbedarf gebe, so dass diese TOP entfallen können. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt *einstimmig* die geänderte Tagesordnung (wie eingangs aufgelistet).

TO-Punkt 5: Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr Kreft berichtet, dass inzwischen eine Güteverhandlung hinsichtlich der im Raum stehenden Inanspruchnahme aus einer Bürgschaft stattgefunden habe, wobei keine Einigung erzielt werden konnte. Der Termin zur Urteilsverkündung durch das Landgericht sei nunmehr für den 27.12.2012 anberaumt worden.

TO-Punkt 6: Mitteilungen der Bürgermeisterin

Frau Nickenig weist darauf hin, dass sie über die formelle Auflösung des Wasserversorgungsverbandes Probstei bereits berichtet habe. Im Zuge der Auflösung ist eine Sanierungsrücklage i.H.v. 163.000,00 EUR gebildet worden. Der Wasserbeschaffungsverband Panker-Giekau hat inzwischen mitgeteilt, dass tatsächlich Sanierungsbedarf an Leitungen bestehe und insoweit die Rücklage in Anspruch genommen werden müsse. Herr Fiege spricht in diesem Zusammenhang seine Erwartung aus, dass der Gemeinde dann durch den Wasserbeschaffungsverband auch ein Nachweis über die erforderlich gewordenen Sanierungsarbeiten vorgelegt werde.

TO-Punkt 7: Breitbandversorgung

**TO-Punkt 7.1: Durchführung einer Studie zur Förderung der Breitbandversorgung für die Gemeinden des Amtes Probstei
Vorlage: LABOE/BV/631/2012**

Der Ausschussvorsitzende führt in die Thematik ein.

Es schließt sich hierzu eine intensive Diskussion an. In deren Verlauf vertritt Frau Nickenig die Einschätzung, dass die Studie zur Breitbandversorgung ein Beitrag zur Stärkung der gesamten Region sein könne. In diesem Punkt sollte die Gemeinde auch Solidarität gegenüber den übrigen amtsangehörigen Gemeinden zeigen. Herr Wimber ergänzt, dass eine gute Breitbandversorgung von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung sei, wobei man nicht zuletzt auch den Tourismusbereich sehen müsse. Frau Mordhorst und Herr Fiege stellen fest, dass die Breitbandversorgung in Laboe gesichert sein dürfte, da keine anderslautenden Erkenntnisse vorliegen. Die solidarische Kostenbeteiligung der Gemeinde Laboe an der Studie sollte nur dann erfolgen, wenn auch alle anderen amtsgehörigen Gemeinden ihren finanziellen Beitrag dazu leisten. Desweiteren müsse aus Sicht von Herrn Fiege der Kostenanteil der Gemeinde Laboe per Beschluss auf 5.000,-- EUR begrenzt werden. Frau Mordhorst spricht mit Blick auf den Solidargedanken noch einmal die von der Gemeinde erbetene Beteiligung an den Kosten der Meerwasserschwimmhalle an. Darüber hinaus dürfe eine gemeindliche Beteiligung an den Aufwendungen für die Studie zur

Breitbandversorgung nicht dahingehend interpretiert werden, dass Laboe nachfolgend dann auch einen finanziellen Beitrag zu etwaigen Investitionskosten im Zusammenhang mit Kabelverlegungen erbringen würde.

Herr Erdmann verweist darauf, dass hinter der Breitbandversorgung wirtschaftliche Interessen stünden. Aus seiner Sicht sei im Übrigen zu erwarten, dass für das Gemeindegebiet Laboe eine Studie größtenteils nur das aufzeigen würde, was ohnehin schon an Bestand vorhanden sei.

Herr Schnoor spricht sich demgegenüber in seinem Wortbeitrag für den sich aus der Verwaltungsvorlage ergebenden Beschlussvorschlag aus.

Der Amtsdirektor stellt sodann fest, dass derzeit nur schwer einzuschätzen sei, was in 5 – 8 Jahren technisch möglich ist und was dann benötigt werde. Hierzu bedarf es einer fundierten Untersuchung. Zudem seien die in der Verwaltungsvorlage angesprochenen Anforderungen an die Studie (u.a. mit einer Bewertung hinsichtlich der Frage, ob und inwieweit sich die Breitbandversorgung in den einzelnen Orten wirtschaftlich umsetzen ließe) Voraussetzung für eine etwaige Förderung. Ein Förderbescheid liege noch nicht vor, da zunächst abzuklären war, ob es auch tatsächlich zur Durchführung der Studie komme. Es gebe viele Amtsgemeinden, die das Thema anschieben möchten, dies aber allein nicht realisieren könnten. Aus Sicht des Amtsdirektors sei es unproblematisch, die Kostenbeteiligung der Gemeinde an der Studie im Beschluss auf 5.000,-- EUR zu deckeln. Auf Nachfrage des Ausschussvorsitzenden erklärt Herr Fiege, dass es für ihn ausreichend sei, wenn der Beschluss eine solche Deckelung beinhalte; Seine weitere Forderung, dass alle amtsangehörigen Gemeinden ihren finanziellen Beitrag an der Studie leisten müssten, sei insoweit dann entbehrlich.

Beschluss:

Die Gemeinde Laboe beschließt die Beteiligung an der „Durchführung einer Studie zur Förderung der Breitbandversorgung für die Gemeinden des Amtes Probstei als Grundlage weitergehender Entscheidungen einer Planung einer flächendeckenden und zukunftsfähigen Breitbandversorgung“. Dabei sollen neben Bedarfen insbesondere die technischen Anforderungen zur Erstellung einer flächendeckenden Breitbandversorgung hinsichtlich der Kosten und der wirtschaftlichen Realisierungsmöglichkeiten geprüft und dargestellt werden. Weitergehende Entscheidungen, z.B. Vorbereitung von Ausschreibungen zur Herstellung, Entscheidungen zur Gründung eines Zweckverbandes etc. erfolgen ggfs. nach Vorlage der Ergebnisse der Studie.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

TO-Punkt 7.2: Übertragungsbeschluss Vorlage: LABOE/BV/632/2012

Beschluss:

Die Gemeinde Laboe überträgt die Aufgabe „Durchführung einer Studie zur Förderung der Breitbandversorgung für die Gemeinden des Amtes Probstei als Grundlage für weitergehende Entscheidungen einer Planung einer flächendeckenden und zukunftsfähigen Breitbandversorgung“ gem. § 5 Abs. 1 Ziff. 15 Amtsordnung auf das Amt Probstei.

Das Amt Probstei wird hierfür nach erfolgter Ausschreibung die erforderlichen Aufträge erteilen. Die Gemeinde leistet hierfür einen einmaligen Kostenbeitrag in Höhe des nach

Abzug der Förderung durch die teilnehmenden Amtsgemeinden geteilten verbleibenden Betrages, höchstens jedoch 5.000,-- €.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 9	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 1	Befangen: 0

TO-Punkt 8: Feststellung des Jahresabschlusses des Gemeindebetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe für das Wirtschaftsjahr 2011 und Behandlung des Jahresergebnisses - Beratung und Beschluss
Vorlage: LABOE/BV/612/2012

Nach kurzen Erläuterungen durch den Ausschussvorsitzenden fasst der Finanz- und Wirtschaftsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Jahresbilanz des Gemeindebetriebes der Gemeinde Ostseebad Laboe zum 31.12.2011

in Aktiva und Passiva auf 4.705 T€

und die Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2011 bis zum 31.12.2011

im Ertrag mit 1.591 T€

im Aufwand mit 2.100 T€

festzustellen.

Der Verlust beträgt im „Ist“ somit 509 T€ (Plan 490 T€)

und teilt sich wie folgt auf die vier Betriebsteile auf:

Tourismusbetrieb	- 59 T€ *
Hafenbetrieb	+ 24 T€ *
MWSH	- 481 T€ *
Baubetriebshof	+ 6 T€ *

Der Verlust des Eigenbetriebes ist von der Gemeinde Ostseebad Laboe auszugleichen.

** (Hinweis: Durch Rundungsdifferenzen weicht die Summe der Ergebnisse der Teilbetriebe vom ausgewiesenen Verlust um 1 T€ ab.)*

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 9: I. Nachtrag zum Wirtschaftsplan 2012 Gemeindebetrieb - Beratung und Beschluss
Vorlage: LABOE/BV/627/2012

Beschluss:

Der Ausfertigung und Bekanntmachung des 1. Nachtrages zum Wirtschaftsplan 2012 des Gemeindebetriebes wird unter der Maßgabe zugestimmt, dass die Bekanntmachung einen Hinweis auf die Nichtgenehmigung der Verpflichtungsermächtigung enthält.

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 11	Nein-Stimmen: 0	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 10: Wirtschaftsplan Gemeindebetrieb für das Jahr 2013 - Beratung und Beschluss
Vorlage: LABOE/BV/623/2012

Herr Kreft berichtet über die Vorberatung des Wirtschaftsplanes im Werkausschuss.

Sodann stellt Herr Erdmann fest, dass sich der Verlust des Gemeindebetriebes nach den Ausführungen im Vorbericht weiter erhöhen wird und dies den Gemeindehaushalt entsprechend belasten werde. Frau Mordhorst weist ebenfalls darauf hin, dass schon 2013 fast 800.000,00 EUR aus dem Gemeindehaushalt zu Gunsten des Gemeindebetriebes aufzubringen wären. Als problematisch bewertet sie, dass nach dem vorliegenden Planentwurf die vorhandene Liquidität des Gemeindebetriebes vollständig ausgeschöpft werde. Herr Schnoor bezieht sich auf den Finanzplan; Danach würde sich die Verlustsituation aus einem bestimmten Grund vorerst nicht reduzieren.

Herr Thon berichtet sodann, dass mit dem vorliegenden Wirtschaftsplan eine Fortschreibung der bisherigen Planungen erfolgt sei. Im Erfolgsplan musste z.B. auch der Energiepreisentwicklung Rechnung getragen werden. Bezüglich der Investitionen würden in dem Finanzplanungszeitraum alle verfügbaren Finanzierungsmöglichkeiten ausgeschöpft. Auf Nachfrage von Frau Mordhorst ergänzt Herr Thon, dass die vorhandene Liquidität des Gemeindebetriebes aus Abschreibungserlösen resultiert und dass die im Plan vorgesehene Inanspruchnahme einer Rücklage aus der Liquidität der Meerwasserschwimmhalle stamme; Die Inanspruchnahme der Liquidität durch einen anderen Betriebsteil werde als inneres Darlehen dargestellt. Herr Kreft stellt hierzu fest, dass ein solcher Vorgang rechtlich zulässig sei.

Aus Sicht von Herrn Wimber seien die vorgelegten Planunterlagen übersichtlich und nachvollziehbar.

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung die Annahme des vorliegenden Wirtschaftsplans des Gemeindebetriebes Ostseebad Laboe für das Wirtschaftsjahr 2013. Für das Wirtschaftsjahr 2013 werden festgestellt:

	€
im Erfolgsplan	
- die Erträge	1.817.000
- die Aufwendungen	2.437.400
- der Jahresverlust	620.400
im Vermögensplan	
- die Einzahlungen	1.347.000
- die Auszahlungen	1.347.000
der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf	655.000
der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf	1.689.000
der Höchstbetrag der Kassenkredite auf	500.000

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 7	Nein-Stimmen: 4	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 11: Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2013 der Gemeinde Ostseebad Laboe
Vorlage: LABOE/BV/630/2012

Nach einleitenden Worten des Ausschussvorsitzenden besteht Einvernehmen, dass der Haushaltsplan nicht seitenweise aufgerufen werden müsse. Nachfolgend ergeben sich aus dem Kreis des Ausschusses Fragen zu einzelnen Positionen des Etatentwurfes, die seitens der Verwaltung beantwortet werden.

Sodann erläutert der Amtsdirektor im Detail jene Veränderungsliste, die bei Sitzungsbeginn den Ausschussmitgliedern – mit einer entsprechend aktualisierten Haushaltssatzung – vorgelegt worden war. Darin seien die Änderungen, die sich insbesondere aus den Vorberatungen im Bau- und Umweltausschuss sowie im SKS-Ausschuss ergeben hätten, zusammengefasst worden.

Anschließend spricht Herr Fiege die HHST 1300.52000 an, aus der auch ein Solidaritätsbeitrag für die Kleiderkammer der Amtsfeuerwehr gezahlt werde. Dieser Beitrag könne nicht zu Lasten des Planansatzes für Schutzkleidung der Feuerwehr gehen. Der Amtsdirektor erläutert, dass die Kleiderkammer ein Nutzungsangebot darstelle, das von der Laboe Wehr allerdings nicht genutzt werde. *Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss beschließt bei 10 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung, einen gesonderten Planansatz i.H.v. 300,00 EUR zur Zahlung des Beitrages an die Kleiderkammer der Amtsfeuerwehr einzurichten.*

Herr Erdmann geht anschließend in seinem Wortbeitrag auf die erforderliche Nachfinanzierung für die Dachsanierung beim Hafenspeicher, auf den Restfinanzierungsbetrag für den Fördewanderweg sowie auf den SKS-Beschluss zur Mittelaufstockung für Honorare im Jugendzentrum ein. Zudem verweist er auf die wiederum vorgesehene Zuführung vom Vermögens- zum Verwaltungshaushalt.

Frau Mordhorst stellt fest, dass der Haushalt nach wie vor ein strukturelles Defizit aufweise. Nicht zuletzt seien auch die Kosten für einen hauptamtlichen Bürgermeister hinzu gekommen. Vor diesem Hintergrund könne die SPD-Fraktion dem Haushalt nicht zustimmen.

Zur HHST 1300.70010 („Zuschüsse für Mitglieder der Jugendwehr zur Erlangung der Fahrerlaubnis Klasse B“) weist Herr Kreft darauf hin, dass es hierzu einen Beschluss der Gemeindevertretung vom 04.09.2012 gegeben habe.

Die Bürgermeisterin berichtet nachfolgend, wie vom Bau- und Umweltausschuss erbeten, welche Leistungen der Bauhof im Einzelnen für die Straßenbeleuchtung erbringt.

Zur HHST 6700.36000 (Zuwendung des Bundes für die Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik) weist Herr Thon darauf hin, dass die Zuschussquote nunmehr nur noch 20 % betrage, so dass der Planansatz um 2.500,00 EUR auf dann 10.000,00 EUR reduziert werden müsse.

Frau Nickenig erläutert sodann die Veränderungen, die sich gegenüber dem Vorjahr im Stellenplan ergeben haben. Herr Erdmann gibt in diesem Zusammenhang den Hinweis, dass bei der Stelle unter lfd. Nr. 17 vermutlich ein Schreibfehler unterlaufen sei. Die Bewertung der Stelle dürfte sicherlich nach S 6 (unter nicht nach S 8) erfolgen – so sei dies auch in der Veränderungsliste vermerkt.

Abschließend hebt die Bürgermeisterin noch einmal hervor, dass sich der Verwaltungshaushalt gegenüber dem Vorjahr spürbar verbessert habe. Gleichwohl sei aber weiterhin eine besondere Haushaltsdisziplin unerlässlich. Herr Kreft entgegnet, dass der Kreditbedarf für 2013 über 500.000,00 EUR liege; Bei der Haushaltskonsolidierung sollte mehr Wert auf eine Ausgabenreduzierung als auf zusätzliche Einnahmebeschaffung gelegt werden. Herr Wimber stellt in diesem Zusammenhang fest, dass der Kreditbedarf letztlich aus vorangegangenen Beschlüssen zu Investitionsvorhaben resultiere. Im Übrigen dankt er der Verwaltung für die Vorlage eines aus seiner Sicht transparenten Etatentwurfes.

Herr Jürß fasst die Diskussion dann insoweit zusammen, dass sich gegenüber dem Ursprungsentwurf im Verwaltungshaushalt Mehrausgaben i.H.v. 13.800,00 EUR ergeben hätten. Dieser Betrag könne durch Erhöhung des Planansatzes bei HHST 9000.01000 (Gemeindeanteil an der Einkommensteuer) ausgeglichen werden, nachdem jetzt entsprechende Mehreinnahmen seitens des Innenministeriums signalisiert worden seien. Aus den Veränderungen im Vermögenshaushalt ergebe sich eine Deckungslücke von 32.000,00 EUR, die sich durch eine Erhöhung des Gesamtbetrages der Kredite auf dann 531.600,00 EUR ausgleichen ließe.

Beschluss:

Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt der Gemeindevertretung, die Haushaltssatzung 2013 mit dem Haushaltsplan und den Anlagen sowie das Investitionsprogramm gemäß geändertem Entwurf zu beschließen [siehe aktualisierte Haushaltssatzung mit Veränderungsliste als Anlage zur Niederschrift].

Stimmberechtigte:	11		
Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 3	Enthaltungen: 0	Befangen: 0

TO-Punkt 12: Bekanntgaben und Anfragen

Es liegen keine Bekanntgaben und Anfragen vor.

Der Ausschussvorsitzende schließt sodann die Sitzung um 20.43 Uhr.

gesehen:

Walter Kreft
- Ausschussvorsitzender -

Uwe Jürß
- Protokollführer -

Sönke Körber
- Amtsdirektor -